

„Ich habe den Vopo erschossen...“

Mit diesem Aufmacher im Titelbild erschien 1966 die Münchner Illustrierte „Quick“. So schürten BRD-Medien die Hetze gegen die DDR. „Wie schön!“ wird sich da mancher gedacht haben, der schon immer mal seinen Haß auf unseren sozialistischen Staat, auf die Deutsche Demokratische Republik, loswerden wollte. Tatsächlich gab es von Seiten der westdeutschen BRD zahlreiche Spionage- und Sabotagevorfälle gegen die DDR – und zwar mit Unterstützung und Billigung der Westmächte. Unter Bruch des Potsdamer Abkommens war im Juni 1948 in den Westzonen eine separate Währungsreform durchgeführt und halbes Jahr die BRD gegründet worden. Später erst am 7. Oktober 1949 wurde dann auch die DDR gegründet. Die Staatsgrenze der DDR zur westdeutschen BRD und zu Westberlin war vielen ein Dorn im Auge, denen die antikapitalistische Richtung unseres Landes nicht paßte und die am liebsten das Rad der Geschichte zurückdrehen wollten. Da spielte es für diese Leute schon mal keine Rolle mehr, ob ein Volkspolizist oder Grenzsoldat der DDR erschossen wurde. Im Jahre 1988 faßten zwei Historiker die Ereignisse jener Zeit zusammen:



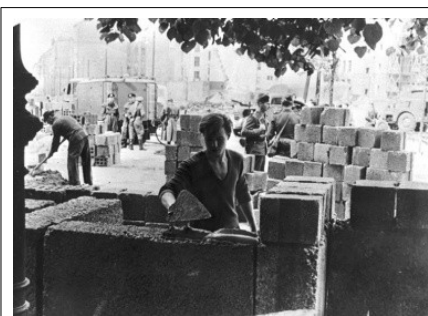
BRD-Illustrierte schüren die Hetze gegen die DDR

Warum wurde 1961 in Berlin die „Mauer“ gebaut?

Am 13. August 1961 verbreitete die DDR-Nachrichtenagentur um 01.11 Uhr eine sensationelle Erklärung:

„Die Regierungen der Warschauer Vertragsstaaten wenden sich an die Volkskammer und an die Regierung der DDR, an alle Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik mit dem Vorschlag, an der Westberliner Grenze eine solche Ordnung einzuführen, durch die der Wühltätigkeit gegen die Länder des sozialistischen Lagers der Weg verlegt und rings um das ganze Gebiet Westberlins, einschließlich seiner Grenze mit dem demokratischen Berlin, eine verlässliche Bewachung und eine wirksame Kontrolle gewährleistet wird.“

Maßnahmen zur Sicherung der Staatsgrenzen der DDR



Errichtung der Grenzsicherung zu West-Berlin

Angelaufen war die Aktion zur Sicherung der Grenze bereits am 12. August. Gegen 16 Uhr unterzeichnete Walter Ulbricht als Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates der DDR die Befehle über die Sicherung der Staatsgrenze zu Westberlin. Er übergab sie an Erich Honecker, der die politische und organisatorische Vorbereitung und Durchführung leitete. Um null Uhr wurden die bewaffneten Organe der DDR in Alarmbereitschaft versetzt und erste Einheiten der NVA und der VP an die Grenze verlegt.

In den frühen Morgenstunden des 13. August, einem Sonntag, trafen eine Mot.-Schützen-Division, Panzer- und Pioniereinheiten in Berlin ein. Die Alarmierung der Kampfgruppen in Berlin, Potsdam und Frankfurt (Oder) erfolgte zwischen 1 Uhr und 1 Uhr 30. Bewaffnete Kämpfer bezogen bald die erste Reihe. Die Berliner Parteiorganisation wurde ab Mitternacht mobilisiert, Funktionäre des FDGB und der FDJ nahmen an den Beratungen teil. Die Kreisleitungen der FDJ beauftragten ihre Funktionäre, die Sicherungsmaßnahmen zu unterstützen und bei der Gewährleistung von Ruhe und Ordnung in Berlin zu helfen.

Ebenfalls ab Mitternacht wurde der direkte Verkehr zwischen der DDR und Westberlin unterbrochen. In kürzester Zeit mußten der S- und U-Bahn-Verkehr neu organisiert werden. Ab 2 Uhr früh nahmen bewaffnete Kräfte erste Schwerpunkte der Grenze zu Westberlin unter Kontrolle. Ab 3 Uhr wurde die gesamte Grenze zwischen der Hauptstadt der DDR und Westberlin befestigt und innerhalb weniger Stunden gesichert.



Unterbrechung der Schmuggelwege nach Ostberlin

Unterschiedliche Reaktionen der DDR-Bürger

Als die meisten am Sonntagmorgen das Radio anstellten, hörten sie, was in dieser Nacht geschehen war. Die Reaktionen der Menschen waren natürlich sehr unterschiedlich. Erleichterung und Verständnis herrschte bei all den Bürgern unseres Landes, die mit Sorge den Mißbrauch der offenen Grenzen und die schwerwiegenden Folgen für die DDR sahen. Schon lange bewegte sie die Frage, wie lange man dem subversiven Treiben des Imperialismus noch zusehen wollte. Im ZK der SED gingen viele Schreiben ein, die dieser Sorge Ausdruck verliehen. An jenem 13. August gab es aber auch Unverständnis für die getroffenen Maßnahmen, da man plötzlich Verwandte, Freunde und Bekannte nicht mehr besuchen konnte und nicht wußte, wann man sich wiedersehen würde.

Wütender Haß von Spekulanten und Grenzgängern

Wütender Haß schlug den bewaffneten Kräften an der Grenze von jenen entgegen, die aus dem „Pendeln zwischen den Welten“ persönlichen Nutzen gezogen hatten. Spekulanten und Grenzgängern war der Weg versperrt. Einige Bürger der DDR hatten bisher ihre Arbeitskraft in Westberlin verkauft, in dortigen Wechselstuben mit Schwindelkurs ihr Gehalt vervielfacht und damit billig und besser in der DDR gelebt. Das war nun vorbei.



USA-Präsident Kennedy in Westberlin

Wie reagierte der Westen?

Die Reaktionen im Westen waren recht unterschiedlich – sie reichten von Gelassenheit bis zu geheuchelter Empörung. Der Präsident der USA, John F. Kennedy, sah beispielsweise keine Veranlassung, die geplante Reise auf einer Yacht zu verschieben oder abzusagen. Die Interessen der USA wie auch der anderen Westmächte waren von den Grenzmaßnahmen der DDR nicht berührt. Auch der Bundeskanzler der BRD, Konrad Adenauer, mied übereilte Schritte, als er in der Nacht von den Ereignissen in Berlin erfuhr.

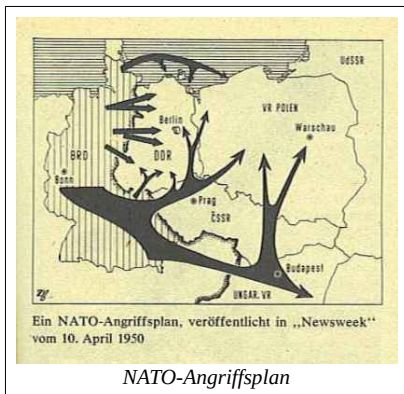
Es waren Maßnahmen eines souveränen Staates!

Erich Honecker erklärte später:

„Wir hatten berechtigten Grund zu der Annahme, daß es der NATO nicht möglich sein würde, eine derartige Aktion, die sich ja ausschließlich auf dem Territorium der DDR vollzog, mit einer militärischen Aggression zu beantworten. Unsere Informationen besagten, daß sich die USA, die Hauptmacht der NATO, ohne die ein militärisches Vorgehen nicht denkbar war, in bezug auf Berlin-West, von eindeutigen Interessen leiten ließ. Das waren: unveränderter Status von Berlin-West, Anwesenheit der drei Westmächte in Berlin-West, sicherer Verkehr zwischen Berlin-West und der BRD. Keine dieser Interessen wurde durch unsere Grenzsicherungsmaßnahmen verletzt...

Wir unternahmen keine andere Aktion als jeder andere unabhängige, souveräne Staat. Lediglich nahmen wir unsere Grenze gemäß dem damals wie heute von der Organisation der Vereinten Nationen verbrieften Völkerrecht unter Kontrolle. Damit wurde der Frieden gerettet und der Grundstein für das weitere Aufblühen der Deutschen Demokratischen Republik gelegt.“

Wie war die Vorgeschichte des 13. August 1961?



Die Entscheidung über die Maßnahmen vom 13. August haben sich die SED und die Regierung der DDR nicht leicht gemacht. Sie taten alles in ihren Kräften stehende, um die Beziehungen zur BRD und zu Westberlin in sachlicher, konstruktiver Weise zu regeln. Alle diese Schritte scheiterten jedoch an der starren Haltung der entscheidenden politischen Kräfte in der BRD, die in antikommunistischer Verblendung glaubten, den Sozialismus auf deutschem Boden beseitigen zu können.

Die westdeutschen Pläne zur Einverleibung der DDR

Geradezu symbolisch ist in dieser Hinsicht der 6. Juli 1961. Beide Seiten veröffentlichten an diesem Tag Dokumente. Die Volkskammer der DDR trat mit dem „Deutschen Friedensplan“ an die Öffentlichkeit, einem weiteren Versuch der Verständigung beider deutscher Staaten über friedliche Beziehungen, Zusammenarbeit und Erhalt vielfältiger Kontakte, auch auf familiärem Gebiet. In Bonn stellte der „Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands“ einen neuen Plan vor. Dieser bot eine Variante an, wie die Macht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten in der DDR beseitigt, die DDR der BRD einverleibt, die volkseigenen Betriebe und Banken privatisiert und das Land der Genossenschaften wieder an Junker und Großgrundbesitzer verteilt werden sollte. Darin bestand das Kampfziel der deutschen Bourgeoisie.

Offener Wirtschaftskrieg gegen die DDR

Ein wichtiges Mittel zur Schwächung der DDR bildete der Wirtschaftskrieg. Dazu wurde vornehmlich die offene Grenze zwischen der DDR und, Westberlin genutzt. Wirtschaftssabotage und Währungsspekulation schädigten unsere Republik ebenso wie die Arbeit von Grenzgängern im Westen. Diese profitierten von den Vorzügen des Sozialismus, ohne dafür etwas zu leisten. Zielgerichtet wurde die Abwerbung qualifizierter Werktätiger, Wissenschaftler, Ärzte und anderer Fachleute betrieben. Nicht wenige Menschen erlagen den Verlockungen des Westens oder wurden mittels Nötigung und Erpressung zum illegalen Verlassen der DDR veranlaßt.

Gezielte Ausplünderung der DDR durch die BRD

Wiederholt störte die Bundesregierung den Handel mit der DDR, im September 1960 kündigte sie das Handelsabkommen. Zwar hob sie diese Maßnahme im Dezember wieder auf, ohne den Wirtschaftskrieg jedoch zu mindern. Er sollte die Lage der Bevölkerung verschlechtern und Unzufriedenheit schüren. Nach vorsichtigen westlichen Schätzungen ist der DDR durch die von der BRD und Westberlin betriebene Ausplünderung ein Schaden in Höhe von über 100 Milliarden Mark entstanden. Zu dieser Einschätzung gelangte der sozialdemokratische Wirtschaftsexperte Prof. Bade.

Der angebliche „Volksaufstand“ 1953

Der enorme wirtschaftliche Druck gegen die DDR hatte Folgen. Vor allem verlangsamte sich die Entwicklung der Arbeitsproduktivität, das Warenangebot blieb hinter der Kaufkraft der Werktätigen zurück, die Versorgungslage wurde also schwieriger. Der Wirtschaftskrieg war begleitet von massiver antikommunistischer Hetze in der BRD und Westberlin. Was am 17. Juni 1953 nicht gelungen war – durch einen „Volksaufstand“ den Anlaß für eine „Hilfsaktion“ von außen zu provozieren – sollte nun erneut versucht werden.



Kriegsminister Strauß: „Bürgerkrieg in Ostdeutschland“

Der damalige Verteidigungsminister der BRD, Franz Josef Strauß, verkündete Ende Juli 1961, daß der zweite Weltkrieg noch nicht zu Ende sei und man in Kürze mit einem „Bürgerkrieg in Ostdeutschland“ rechnen müsse. Um ihn auszulösen, sollten alle Möglichkeiten Westberlins als „Frontstadt“ und „Pfahl im Fleische der DDR“ ausgenutzt werden. 1961 operierten von dort aus 80 Spionage- und Terrororganisationen sowie 60 revanchistische und militaristische Verbände.

Blitzkriegsstrategie der Bundeswehr gegen die DDR

Die Bundeswehr probte 1960/61 verschiedene Varianten des Blitzkrieges, eine „innerdeutsche Polizeiaktion“ aber sollte genügen. Die Drohung mit dem Atomkrieg sollte die UdSSR von einer militärischen Unterstützung der DDR abhalten. Anfang August 1961 wurden die NATO-Verbände in Westeuropa in Alarmbereitschaft versetzt. Die Kriegsgefahr wuchs. Der deutsche Imperialismus hatte in der Geschichte schon wiederholt das Kräfteverhältnis verkannt, wie sah es diesmal aus?

Die Zeitung „Kölnische Rundschau“ forderte am 10. Juli 1961 dazu auf, „alle Mittel des kalten Krieges, des Nervenkrieges und des Schießkrieges anzuwenden ... Dazu gehören nicht nur herkömmliche Streitkräfte und Rüstungen, sondern auch die Unterwühlung, das Anheizen des inneren Widerstandes, die Arbeit im Untergrund, die Zersetzung der Ordnungsgewalt, die Sabotage, die Störung von Verkehr und Wirtschaft, der Ungehorsam, der Aufruhr...“ Wenige Tage später eilte der damalige Bundesminister für „gesamtdeutsche Fragen“, Ernst Lemmer, samt einem Mitarbeiterstab nach Berlin-West, um von dort aus die psychologische Kriegführung gegen die DDR zu steuern. Die NATO-Verbände in Europa wurden in Alarmbereitschaft versetzt.



Provokation der USA an der DDR-Grenze Berlin

Üble Hetze gegen die DDR

Die westlichen Massenmedien entfachten eine üble Hetze gegen die DDR, machten – in fatalem Gleichklang zum August 1939 – mit „Flüchtlingsströmen“ und „Flüchtlingselend“ Stimmung für eine Aggression. Grenzverletzungen und Grenzprovokationen häuften sich. Um Unruhe unter der Bevölkerung zu stiften, betätigten sich Saboteure im Berliner Vieh- und Schlachthof am Stadtbahnhof Leninallee und in der Humboldt-Universität im Zentrum Berlins als Brandstifter.

Die negativen Folgen der offenen Grenze

Seit zwölf Jahren war die Grenze der DDR zu Berlin-West – mehr oder weniger auch zur BRD – offen. Es war, genauer gesagt, eine offene Grenze der gesamten sozialistischen Gemeinschaft zur kapitalistischen Welt. Welche Gefahren für den Frieden dies in sich barg, trat immer deutlicher zutage. Denn die Situation in und um Berlin-West konnte jederzeit ausgenutzt werden, um gefährliche internationale Spannungen und Konflikte hervorzurufen.

Frontstadt West-Berlin

Das mitten in der DDR gelegene Berlin-West hat eine Grenze zu unserer Republik von 164 Kilometern Länge. Rund 45 Kilometer davon verlaufen zwischen Berlin-West und der Hauptstadt der DDR. Bis zum August 1961 war diese Grenze weder gesichert noch überhaupt zu kontrollieren. Sie verlief inmitten von Straßen, Häuserblocks, Laubenkolonien oder Wasserwegen. Bis zu einer halben Million Menschen passierten sie täglich. Aber Berlin-West stellte nicht irgendein Territorium innerhalb der DDR dar, sondern nach den Worten seiner regierenden Politiker die „billigste Atombombe“, den „Pfahl im Fleische des Ostens“, die „Frontstadt“ des kalten Krieges. Dort trieben nicht weniger als 80 Spionage- und Terrororganisationen ihr Unwesen. (Erich Honecker: *Aus meinem Leben*, S. 202)

Spekulanten, Währungsbetrüger, Menschenhändler

Währungsspekulationen wurden von dort in großem Stil betrieben, um die Wirtschaft der DDR zu zersetzen. In Berlin-West hatten sich Zentralen für die Abwerbung von Arbeitskräften aus der DDR etabliert. Ja, man konnte es begründet den Umschlagplatz eines regelrechten Menschenhandels nennen, für den gewissenlose Manager hohe Kopfprämien kassierten. Mitte 1961 hielten aggressive Kreise in der BRD und ihre Verbündeten in einigen anderen NATO-Ländern die Zeit für gekommen, erneut Unruhen in der DDR auszulösen. Mit einer als „innerdeutsche Polizeiaktion“ getarnten Operation der Bundeswehr wollten sie den Provokateuren „zu Hilfe“ kommen. (ebd.)

Abstimmung im Warschauer-Vertrags-Bündnis

Im Sommer 1961 erreichten die Spannungen einen solchen Grad, daß einschneidende Maßnahmen zum Schutz des Friedens und des Sozialismus unaufschiebbar waren. Vom 3. bis 5. August tagten in Moskau die führenden Vertreter der Staaten des Warschauer Vertrages. Die DDR unterbreitete dort Vorschläge zur Sicherung der Grenzen um Westberlin. Sie erhielten die Unterstützung der anderen Teilnehmerländer. Einmütig wurde die Notwendigkeit betont, die Staatsgrenze zu Westberlin und der BRD – die Trennstelle von Sozialismus und Imperialismus, von Warschauer Vertrag und NATO – unter Kontrolle zu nehmen, damit die Wühl­tätigkeit gegen den Sozialismus unterbunden und die Sicherheit der DDR und des sozialistischen Lagers gewährleistet sind. Am 13. August wurden die dazu nötigen Maßnahmen präzise und erfolgreich durchgeführt. In fast drei Jahrzehnten wurde immer deutlicher, welche positiven Wirkungen von diesem Ereignis ausgingen.



Sicherung der Staatsgrenze durch Kampfgruppen der Arbeiterklasse

Es war eine empfindliche Niederlage für jene Kräfte westlich der Elbe, die hofften, durch eine Politik der Stärke, der Erpressung und Sabotage die DDR in die Knie zu zwingen, und die von der Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 träumten. Dennoch war es ein langer, komplizierter Weg, bis die herrschenden Kräfte in der BRD begriffen, was schon wenige Tage nach dem 13. August 1961 der Düsseldorfer Industriekurier schrieb:



Am Brandenburger Tor

„Eine Wiedervereinigung mit Girlanden und wehenden Fahnen und siegreichem (!) Einzug der Bundeswehr durchs Brandenburger Tor unter klingendem Spiel – eine solche Wiedervereinigung wird es auf absehbare Zeit nicht geben. Wir werden uns auf lange Zeit mit dem Nebeneinander zweier deutscher Staaten abfinden müssen.“

Für Frieden und Sicherheit in Europa...

Durch die Maßnahmen vom 13. August 1961 wurde dem Frieden in Europa, der Ruhe und Ordnung im Herzen Europas ein großer Dienst erwiesen.

„Der Frieden, 1945 von der Antihitlerkoalition mit ihrer Hauptkraft, der Sowjetunion, unter großen Opfern errungen, wurde verteidigt. An jener sensiblen Grenze, an der sich die beiden Weltsysteme mit ihren militärischen Hauptkräften gegenüberstehen, wurde die Grundlage für die ‚Gewährleistung der Sicherheit in Europa gefestigt.“ (Neues Deutschland vom 12. August 1988)

Das Menschenrecht der DDR auf eine gesicherte Existenz

Die befestigte Grenze gewährleistete das grundlegende Menschenrecht auf Frieden und gesicherte Existenz. Die Arbeiter- und-Bauern-Macht auf deutschem Boden konnte sich fortan ohne größere Störmöglichkeiten des BRD-Imperialismus entwickeln und die ökonomischen Gesetze des Sozialismus verwirklichen. Damit verbesserten sich die Voraussetzungen für den weiteren wirtschaftlichen Aufschwung der DDR und die Lebenslage ihrer Bürger, Voraussetzung für die Gewährleistung aller sozialen Menschenrechte im Sozialismus. Die Festigung der sozialistischen Gesellschaft ermöglichte die weitere Ausgestaltung der sozialistischen Demokratie. Die Rechtssicherheit der Bürger der DDR konnte besser garantiert werden.

An der Grenze zur Bundesrepublik und zu Westberlin sind
18 Polizisten und Grenzsoldaten der DDR ermordet worden.

Am 3. 8.1949 Wachtmeister Gerhard Hofert , 25 Jahre alt.
Am 2. 7.1950 Wachtmeister Siegfried Apportin , 19 Jahre alt.
Am 21. 2.1951 Wachtmeister Herbert Liebs , 21 Jahre alt.
Am 2. 3.1951 Wachtmeister Werner Schmidt , 21 Jahre alt.
Am 2. 3.1951 Wachtmeister Heinz Janello , 19 Jahre alt.
Am 16. 5.1952 Oberwachmeister Ulrich Krohn , 20 Jahre alt.
Am 30.12.1952 Wachtmeister Helmut Just , 19 Jahre alt.
Am 3. 9.1956 Gefreiter Waldemar Estel , 24 Jahre alt.
Am 18. 4.1962 Unteroffizier Jörgen Schmidtchen , 20 Jahre alt.
Am 23. 5.1962 Unteroffizier Peter Göring , 21 Jahre alt.
Am 18. 6.1962 Unteroffizier Reinhold Huhn , 19 Jahre alt.
Am 14. 8.1962 Hauptmann Rudi Arnstadt , 35 Jahre alt.
Am 8. 9.1963 Unteroffizier Siegfried Widera , 22 Jahre alt.
Am 5.10.1964 Unteroffizier Egon Schultz , 21 Jahre alt.
Am 15.11.1968 Unteroffizier Rolf Henninger , 26 Jahre alt.
Am 18. 1.1972 Leutnant Lutz Meier , 23 Jahre alt.
Am 19.12.1975 Unteroffizier Klaus-Peter Seidel , 21 Jahre alt.
Am 19.12.1975 Unteroffizier Jürgen Lange , 20 Jahre alt.

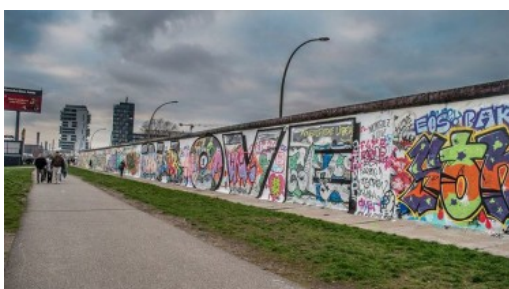
Ermordete Polizisten und Grenzsoldaten der DDR

Wann wird die „Mauer“ verschwinden?

Von westlichen Journalisten ist der Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, seither immer wieder gefragt worden, wann die „Mauer“ verschwinden werde. Die Antwort darauf ist klar: Solange die Ursachen fortbestehen, die zu ihrer Errichtung führten, bleibt sie an ihrem Platze. Im übrigen sind die Krokodilstränen, die alljährlich im Westen am 13. August vergossen werden, pure Heuchelei. Die Mauer hat nur das nachvollzogen, was imperialistische Politiker 1948/49 bereits taten: Sie haben damals Deutschland zerrissen und gespalten. Den „eisernen Vorhang“, von dem sie damals redeten, haben ausschließlich sie heruntergelassen.

Quelle:

Joachim Heise/Jürgen Hofmann: *Fragen an die Geschichte der DDR*. Verlag Junge Welt, Berlin 1988, S.144-151.
(Zwischenüberschriften eingefügt)



Reste der DDR-Staatsgrenze in Berlin

Anmerkung:

Was die Autoren dieses Buches natürlich nicht wissen konnten: Bei seinem letzten Besuch in der DDR hatte sich Gorbatschow lobend über die DDR-Grenze in Berlin in das Goldene Buch eingetragen, wenige Monate später erzählte er in Ankara, daß es das Ziel seines Lebens gewesen sei, den Sozialismus abzuschaffen. Nach der Konterrevolution 1989 in der DDR wurde die „Mauer“ in Berlin fast vollständig abgerissen.